

The postman always rings twice¹

Die Eurokrise als Bestandteil der globalen Krise

Riccardo Bellofiore

1. Europa befindet sich inmitten eines ökonomischen und sozialen Sturms. Gleichzeitig bewegt sich die Weltwirtschaft auf eine Rezession zu, die nichts anderes als eine Fortsetzung der tiefen strukturellen Krise des Kapitalismus ist. Die institutionelle Ausgestaltung des *Euro* ist durch viele Widersprüche gekennzeichnet. Die Krise in Europa wurde jedoch durch die globale Krise ausgelöst. Die europäische Krise macht nichts anderes als auf die internationale Dynamik zu reagieren. In diesem Kontext läuft die Eurozone Gefahr in sich zusammenzufallen². Die Krise Griechenlands wurde an Irland und Portugal weitergegeben, d.h. in die Peripherie des europäischen Kontinents, und traf schließlich, wie erwartet, auch Spanien. Dann konzentrierte sich die Krise plötzlich auf Italien und wirkte sich auf Frankreich und sogar auf Deutschland aus. Damit beschleunigte sie sich in unerwarteter Weise. Deutschland muss sich nun abrupt von der trügerischen Hoffnung einer Entkopplung von der europäischen Nachfrage verabschieden. Diese Illusion ist tatsächlich der einzige Grund, der als Rechtfertigung für Deutschlands selbstmörderische Politik seit 2010 dienen könnte, einer Politik, von der sich Deutschland jedoch schrittweise verabschieden musste.

Die zarten Ansätze einer konjunkturellen Erholung sind jedoch sehr schnell wieder verkümmert. Der Aufschwung nach der Krise wurde überschätzt. China, das einzige Land, welches seit Anfang 2009 eine wahrhaft keynesianische Staatsausgabenpolitik betrieben hat, könnte abrutschen. Chinas Wachstum verlässt sich zu sehr auf Investitionen in die Infrastruktur. Von vielen wird darauf hingewiesen, dass sich in China gerade eine riesige Immobilienblase entwickelt. Ältere Industrieländer geben sich den Anschein, China beibringen zu wollen, dass es sich nicht dauerhaft auf eine Unterkonsumtion verlassen kann. Und hier taucht eine weitere Täuschung auf: dass ein Ansteigen der Löhne sich automatisch in Importen niederschlagen würde. Wenn wir uns Lateinamerika zuwenden, wird deutlich, dass sein Wachstum durch innere Widersprüche geplagt wird, die schließlich zu einer Verlangsamung des BIP-Wachstums führen könnten – durch eine Politik, die sich gegen steigende Inflation richtet, durch einen zu großen Anstieg des Wechselkurses und durch die zu starke Abhängigkeit der Region von der Dynamik der Rohstoffpreise. Es ist zweifellos ein unsinniger Traum, davon auszugehen, dass die Vereinigten Staaten zu einem Netto-Exporteur werden könnten und Lateinamerika nur die Rolle des Käufers der letzten Instanz spielt. Das erwartete „Licht am Ende des Tunnels“ ist nichts weiter als ein auf uns zukommender Hochgeschwindigkeitszug.

2. Der Euro wurde mit einer Erbsünde geboren. Obwohl dies von Anfang an sichtbar war, zogen es selbst linke Parteien vor, davor die Augen zu verschließen. Und so stimmten sie zu, eine Einheitswährung einzuführen, die bereits in ihrer DNA die Entwicklung hin zur Rezession in sich trug, tiefe Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder, Druck auf die Löhne, zunehmende sozial Ungleichheiten, die Demontage der Gewerkschaften und dauernde industrielle

¹ Anmerkung der Übersetzerin: The Postman Always Rings Twice ist ein Kriminalroman von James M. Cain aus dem Jahre 1934. Die erste deutsche Übersetzung erschien 1950 unter dem Titel *Die Rechnung ohne den Wirt*, seit 1981 erscheint der Roman unter dem Titel *Wenn der Postmann zweimal klingelt*.

² Dies vorherzusehen, war nicht schwierig. vgl. Riccardo Bellofiore und Joseph Halevi: “Could Be Raining. The European Crisis After the Great Recession”, *International Journal of Political Economy*, Bd. 39, Nr. 4, Winter 2010–11, Seite 5–30.

Umstrukturierungen mit sich bringt. Bereits 1992-1993 wurde das von Jean-Luc Gaffard³ und Paul Krugman⁴ vorausgesagt, deren Argumente auch heute noch standhalten.

Innerhalb der strukturell heterogenen Gebiete Europas, in denen radikale Unterschiede sowohl in Bezug auf produktive Arbeitskräfte als auch auf (materielle und immaterielle) Infrastrukturen existieren, kann eine formale Annäherung zu nichts weiter als einer weiteren Vertiefung der tatsächlichen Divergenzen führen. Der inhärenten und fortgesetzten Tendenz in Richtung Selbstaflösung der Währungsunion könnte nur durch eine gemeinsame Fiskalpolitik begegnet werden, die die Umverteilung der Ressourcen aller zur Eurozone gehörenden Regionen regelt. Europäische Behörden sollten außerdem eine Industrie- und Strukturpolitik verfolgen, die ausdrücklich die Überwindung der tatsächlichen Unterschiede zwischen den Ländern zum Ziel hat. Im Gegensatz zu diesen Anforderungen ist der Haushalt der Europäischen Union (verglichen mit dem BIP) geradezu lächerlich niedrig. Wie Vittorio Valli vor einigen Jahren feststellte beträgt er lediglich ein Zehntel von dem, was erforderlich wäre⁵.

Wie konnte ein derartig fragiles Konstrukt Ende der 90er Jahre überhaupt starten? Die Antwort liegt im (zeitweiligen) Erfolg des "neuen" Kapitalismus *made in USA*. Dieser ist in der Lage gewesen, China und das restliche Asien zu integrieren sowie die Nachfrage für das neo-merkanantilistische Europa zu fördern, während Lateinamerika und Russland mit konjunkturellen Schwankungen konfrontiert waren. Deutschland überwand den Wiedervereinigungsschock und trieb erneut eine radikale Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und des Arbeitsprozesses voran. Gemeinsam mit seinen "Satelliten" profitierte Deutschland von der lebhafteren kapitalistischen Entwicklung an seiner "Peripherie". Die Immobilienblase griff auch auf einige europäische Länder über. Daraus resultierend kam es zu einem bemerkenswerten Wachstum des BIP in Irland und Spanien (ganz zu schweigen von England) und die Staatshaushalte dieser Länder erschienen so „tugendhaft“. In einer Welt der immer geringer werdenden Zinssätze boten die Staatsdefizite Griechenlands und Portugals als auch das Management der italienischen Staatsschulden Finanzanlagemöglichkeiten für deutsche und französische Banken.

Die immer wieder wechselnde Geschwindigkeit der Dynamik Europas ist in der Zwischenzeit gut bekannt. Ihr Kern ist das Wachstum Deutschlands und seiner „Satelliten“ und die Triebkraft heißt Nettoexporte. Die daraus resultierenden Profite werden im Ausland investiert. Es ist ein Luxemburg-Kalecki Modell. Jedoch werden im "neuen Kapitalismus" Investitionen von toxischen Finanz-Anlagen gesteuert. In der Tat spielten langfristige Schuldverschreibungen der "Peripherie" eine ähnliche Rolle wie die Subprime-Kredite in den USA.

Deutschland, ebenso wie seine "Satelliten" und der Rest Nordeuropas, hat das historische Bedürfnis in die Länder des restlichen Europas zu exportieren, in denen es den größten Teil seiner Profite realisiert. Handelsdefizite im südlichen Europa erleichtern dies Deutschland noch aus einem weiteren Grund: Sie halten die nominale Aufwertung des *Euro* niedrig (verglichen mit dem, was entweder mit der Deutsche *Mark* oder einem *Euro* passieren würde, der nur auf die Nettoexporteure beschränkt wäre). Die "Einheitswährung" führt außerdem zu einer tatsächlichen Abwertung – dank einer steigenden Produktivkraft der Arbeit und der Lohnrepressionen, die beide gleichermaßen zu einem deflationären Wettlauf führen, von dem nur die stärkeren Regionen profitieren. Nach den 90er Jahren, selbst noch

³ "Les dangers d'une monnaie unique", *Le Monde diplomatique*, September 1992.

⁴ "Lessons of Massachusetts for EMU", in Torres Francisco, Francesco Giavazzi (Hrsg.), *The Transition to Economic and Monetary Union*, Cambridge University Press, Cambridge.

⁵ Vittorio Valli, "Una politica di sviluppo per l'Europa", in *Rive Gauche. Critica della politica economica*, Sergio Cesaratto und Riccardo Realfonzo (Hrsg.), manifestolibri, Rom 2005

im letzten Jahrzehnt, löste sich die rein neo-merkantilistische Orientierung Europas dank des amerikanischen Motors immer weiter auf. Europas Nettoexport in die Vereinigten Staaten war jedoch immer weniger in der Lage die wachsenden Strukturdefizite mit China sowie die Auswirkungen der Instabilität in Russland und Lateinamerika auszugleichen.

In dieser Phase stellten die Handelsungleichgewichte jedoch kein großes Problem dar. Eine Zeit lang schienen die exponentiell anwachsenden Finanz- und Handelsungleichgewichte die Volkswirtschaften auf magische Weise sogar noch “robuster” zu machen. Die Sorge im Hinblick auf die Staatsfinanzen erschien nicht so dringlich. Im Gegenteil, in den Fällen, bei denen das Wachstum nicht von den Immobilienblasen angetrieben wurde, glichen gerade diese öffentlichen Defizite die von Deutschland initiierte Tendenz hin zur Rezession aus. Eigentlich sollte die “Tragödie” (oder ‘Farce’) der Staatsschulden selbst heute nicht gespielt werden. Defizit- und Schuldenquote der *Euro*-Zone sind definitiv niedriger als die der Vereinigten Staaten oder Japans – ganz zu schweigen von Großbritannien. Krugman⁶ weist darauf hin, dass auf einer Liste mit den Ländern, in denen die Staatsfinanzen vor der Krise bereits ein ernsthaftes Problem darstellten, lediglich ein Land stehen würde und das ist Griechenland.

3. Nachfrage und (geringes) Wachstum für Europa zusammen mit der gegenwärtigen Staatsschuldenkrise kamen vollständig von außen. Es ist keine Wiederholung des Zusammenbruchs des europäischen Währungssystems von 1992, wie es 2008 von einigen italienischen linken Wirtschaftswissenschaftlern befürchtet wurde. Bereits damals hielt ich dagegen: Wenn doch nur die ökonomische Analyse der Linken überholten Lesarten ausgewichen wäre, wie zum Beispiel dem tendenziellen Fall der Profitrate, oder wenn sie der Unterkonsumptionsversuchung widerstanden hätte, (nach der die globale Krise eine Krise der Welt niedriger Löhne war), hätte sie bereits im Vorfeld sehen können, dass es der Zusammenbruch des ‘privatisierten Keynesianismus’⁷ war, der Europa tatsächlich in eine tiefe Krise bringen würde. Das Problem besteht weder darin, dass die EZB strikt ihren “monetaristischen” Vorschriften folgt, noch liegt es daran, dass europäische Institutionen untätig sind - ein weiterer Mythos bei den Linken. Der Punkt ist eher, dass ein Eingreifen dieser Institutionen zur Stützung der Wirtschaft, Sicherung der Staatsschulden gegen Spekulationen oder letztendlich Veränderungen der institutionellen Architektur der Einheitswährung immer rückwirkend, im Kielwasser der Krise, geschieht.

⁶ <http://krugman.blogs.nytimes.com/2011/08/25/fiscalization-watch/>

⁷ Die charakteristischen Merkmale dieses “neuen” Kapitalismus wurden schon vor der Krise von Riccardo Bellofiore und Joseph in “Tendenze del capitalismo contemporaneo, destrutturazione del lavoro e limiti del «keynesismo»” beschrieben, *Rive Gauche. Critica della politica economica*, Sergio Cesaratto und Riccardo Realfonzo (Hrsg.), manifestolibri, Rom 2005 (Es gibt eine deutsche Fassung: “Was ist neu am 'neuen Kapitalismus'. Der Wandel von Wirtschaftspolitik und Arbeitsbeziehung aus der Perspektive von Marx und Kalecki”, in *Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechtere Wirtschaft*, Günter Krause (Hrsg.), Karl Dietz Verlag, Berlin, 2007; eine englische Fassung erscheint demnächst unter dem Titel “Deconstructing Labor. What is ‘new’ in contemporary capitalism and economic policies: a Marxian-Kaleckian perspective”, in *Employment, Growth and Development*, C. Gnos, L.P. Rochon, D. Tropeano (Hrsg.), Elgar, Cheltenham, 2011. Hieraus haben wir das Bild dieses Finanz- und privatisierten Keynesianismus in allen unseren weiteren Artikeln entwickelt. Unsere Interpretation stand und steht im Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Auffassung zu Distribution und Unterkonsumtion, die in allen Bereichen der heterodoxen Wirtschaftswissenschaften auftritt und die Grundlagen für die wirtschaftswissenschaftlichen Vorschläge der alternativen Linken begründet. Privatisierter Keynesianismus ist ein Begriff, der von Colin Crouch unabhängig in vielen Schriften weiterentwickelt wurde, vgl. “Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime”, *British Journal of Politics and International Relations*, 11: 382–399.

Die Idee, dass europäische Behörden „aus der Notwendigkeit heraus“ gezwungen sein werden eine Institution zu schaffen, die Ländern in der Krise finanzielle Unterstützung gewähren oder schließlich eine Art gesamteuropäischer fiskalischer Umverteilung vornehmen, ist in sich nicht verkehrt. Von entscheidender Bedeutung ist die Tatsache, dass es zu wenige sind und es zu spät geschieht. Das Paradoxe der Situation ist doch, dass die Kosten für Europa unbedeutend gewesen wären, hätte man die Schulden Griechenlands stillschweigend geduldet. Das trifft auch zu, wenn wir Irland und Portugal dazu nehmen. Selbst in diesem Fall wäre die Streichung der Schulden weitaus weniger destruktiv gewesen als die Dynamik, die zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit in Gang gesetzt wurde, ohne Umschuldung und Senkung der zu zahlenden Schulden. Aber als die Krise Spanien und danach Italien traf, veränderte sich ihr Charakter. Die Quantität schlug in Qualität um. In einer solchen Situation heißt es, entweder schwimmen lernen oder untergehen.

Es ist sinnlos, die „Märkte“ oder „Ratingagenturen“ zu beschuldigen. Sie haben gegenwärtig vollkommen Recht. Sie zeigen lediglich das dramatische Fehlen jeglicher politischer Richtung an, die einen Ausweg sichern könnte. Es ist diese politische Wirkungslosigkeit, die die Zinsspannen hochtreibt, wodurch ein Land nach dem anderen dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit ausgesetzt wird. (nach einem Mechanismus, der sehr gut von Paul de Grauwe beschrieben wurde⁸). Die Wirtschaftspolitik europäischer Länder zieht auf Grund ihres deflationären Charakters die Wachstumsrate herunter, während der Rest der Welt entweder stagniert oder ein verlangsamtes Wachstum verzeichnet. Es überrascht also nicht, dass sich die Tragfähigkeit der Staatsschulden verschlechtert. Es ist eine Art Paradox des Sparens, das auf die öffentlichen Finanzen angewendet wird. Ein weiterer, erschwerender Punkt ist die merkwürdige Form von „Unabhängigkeit“ der Europäischen Zentralbank. Im einheitlichen Währungsgebiet gibt es keine politische Souveränität über das Geld. Die EZB ist weder ein wirkliche Kreditgeber der letzten Instanz noch hat sie den Willen Staatsdefizite zu finanzieren.

4. Die Krise Europas ist nicht durch Griechenland entstanden. Sie ist auch nicht das Ergebnis der Staatsverschuldung eines bestimmten Landes (sowohl in absoluten Zahlen auch im Vergleich zum BIP). Wie Jan Toporowski⁹ argumentiert, kommt es auf die vorhandene (oder nicht vorhandene) Bereitschaft der Zentralbank an, in diesem Fall der EZB, Haushaltsdefizite zu refinanzieren. Selbst im hypothetischen Falle eines Euros, der nur auf Deutschland und seine „Satelliten“ beschränkt ist, könnte eine „Staatsschulden“krise trotzdem ausbrechen, so zum Beispiel in Belgien, dessen Schuldenquote bei fast 100% liegt. Abgesehen von der Zahlungsunfähigkeit könnte ein Ausweg Inflation heißen, ein zweiter Wachstum oder ein dritter könnte eine Mischung aus beidem sein. Sowohl Inflation als auch Wachstum erhöhen den Nenner der nominellen staatlichen Schuldenquote.

Inflation wird gegenwärtig als Fluch betrachtet. Jedoch wird die Zahl der Kritiker der Inflation mit weiterem Fortschreiten der Krise immer geringer werden. Es liegt bereits einige Jahre zurück, dass maßgebliche Stimmen, wie Kenneth Rogoff¹⁰, Inflation befürwortet haben und dabei sogar eine Rate von 6% bis 8% angaben. Gegenwärtig steht Inflation nicht als Option auf der Tagesordnung. Die große Rezession selbst verhindert das. Die Mehrzahl der Firmen und Haushalte fragen keine Kredite nach und denjenigen, die einen Kredit beantragen, wird er verweigert – weil Banken und Finanzinstitutionen sich dagegen sträuben, der „realen“ Wirtschaft Kredite zu gewähren. Wir leben gegenwärtig in einer Wirtschaft der zwei Geschwindigkeiten. Monetäre Anreize führen dazu, dass wieder Finanzblasen entstehen, doch diese lassen die Realwirtschaft nicht weiter wachsen. Im Gegenteil: Das Platzen dieser Blasen führt zurück zur Rezession und kann dazu beitragen, sie sogar

⁸ „Only the ECB can halt eurozone contagion“, *Financial Times*, 3. August 2011.

⁹ „Not a very Greek tragedy“ *Re-public*, Juni 2010, <http://www.re-public.gr/en/?p=2400>

¹⁰ „The bullets yet to be fired to stop the crisis“, *Financial Times*, 8. August 2011.

noch zu verschärfen. Darüber hinaus können wir uns ausmalen, was Inflation für die Arbeiterklasse bedeutet, wenn es keine Indexbindung der Einkommen gibt.

Hier könnten wir nun die Frage stellen, ob die Ausstiegsoption wünschenswert ist. Es ist nicht auszuschließen, dass die weitere Entwicklung zu einer Auflösung der Einheitswährung führt. Gegenwärtig jedoch wäre es eine reine Verzweiflungstat. Einen derartigen Rat gab es im letzten Jahr von den Linken, erst in Bezug auf Griechenland und dann Irland. Häufig wird als positives Beispiel Argentinien im Jahr 1992 angeführt. Wie nochmals Toporowski feststellte, war das Hauptproblem in Argentinien die Bankenkrise und zweitens die Tatsache, dass die Schulden des Landes auf der Basis einer Fremdwährung ausgewiesen waren. Im Gegensatz dazu folgt im Falle Griechenlands die Bankenkrise der Krise der Staatsverschuldung, die in einer Binnenwährung ausgewiesen ist – oder besser gesagt einer Währung, die eine Binnenwährung sein sollte; die Tatsache, dass sie es nicht ist, ist in der Tat eine verabscheuungswürdige politische Wahl. Der Ausstieg aus dem *Euro* würde die Auslandsverschuldung dramatisch erhöhen und mit einer massiven Abwertung einhergehen. Darüber hinaus erfordert die Machbarkeit einer derartigen Entscheidung eine Voraussetzung, die in Griechenland nicht gegeben ist, nämlich eine kontinuierliche Folge von signifikanten gesamtstaatlichen Primärüberschüssen. Ansonsten könnte das gleichzeitige Unvermögen die Inlandsschulden zu bedienen, zu einer Zahlungsunfähigkeit des inländischen Bankensystems führen. Die Verschlechterung der strukturellen Grundlagen der Wettbewerbsfähigkeit, die es bereits seit Jahrzehnten gibt, führt dazu, dass eine Verbesserung der Handelsbilanz nur sehr langsam von statten geht oder überhaupt nicht existent ist. Ein weiterer Aspekt in diesem Szenario wäre die drastische Reduzierung der Reallöhne. Es ist ausgesprochen schwierig all dies als eine „linke“ Lösung der Krise in Betracht zu ziehen.

5. Gab es eine Alternative zur Einführung einer Einheitswährung in Form des *Euro*? Und auf welcher Grundlage? Vor ungefähr 20 Jahren erklärte Jean-Luc Gaffard, ein Ökonom, der gewiss kein Marxist ist, in *Les dangers d'une monnaie unique* dass wir das sogenannte „Paradox der Produktivität“ in Betracht ziehen sollten. Dabei geht es darum, dass eine Vorfinanzierung notwendig ist, um Ressourcen einsetzen zu können, die neue Produktionsleistungen erlauben. Das Ergebnis realer privater oder staatlicher Investitionen kann nicht nachträglich erfolgen: und es käme nicht zustande ohne diese finanzielle Bedingung, die wiederum einen höheren Bankkredit und auch eine höhere Inflation nach sich zieht (einschließlich der Änderung der relativen Preise)

Von diesem Standpunkt (Wicksellian und Schumpeterian) aus, hätte die reale Annäherung der europäischen Volkswirtschaften eine Politik erfordert, die genau entgegengesetzt der des Maastrichter Vertrages agiert: Geldschöpfung zur Unterstützung privater Innovationen sowie eine zeitweilige aber nachhaltige Erhöhung der Haushaltsdefizite finanziert durch neues Geld. – Defizite, die als „produktiv“ gekennzeichnet werden könnten. Zu Beginn bringt diese Politik eine höhere Inflation und ein Anwachsen der Schuldenquote mit sich. Jedoch werden der Preisanstieg und das steuerliche „Ungleichgewicht“ wieder absorbiert, wenn diese Politik effektiv ist.

Dabei ist zu beachten, dass die Einführung des *Euro* nicht die einzige Möglichkeit der Währungsunion gewesen wäre. Eine Alternative stammt von Suzanne de Brunhoff¹¹, die von ihr im Zuge der Pläne Keynes auf der Konferenz von Bretton Woods vorgeschlagen worden war. Dabei geht es um die Einführung einer „gemeinsamen Währung“ statt einer „Einheitswährung“, die allgemein im Umlauf ist. Die gemeinsame Währung sollte lediglich eine Reservewährung sein, die von den Zentralbanken der Mitgliedsstaaten zur Verrechnung verwendet wird, innerhalb eines Systems von festgelegten (aber anpassbaren) Wechselkursen. Die einheitliche Währung würde im Falle von signifikanten Handelsdefiziten einiger Länder geändert werden, mit der gleichzeitigen Verpflichtung der Nettoexporteure zur Reduzierung ihrer Überschüsse. Sowohl im europäischen Währungssystem als

¹¹ Siehe ihr Beitrag in [François Chesnais, Suzanne de Brunhoff, et al, *La mondialisation financière: genèse, coût et enjeux*, Syros, Paris 1997.](#)

auch im Abkommen von Bretton Woods wurde das nicht in Betracht gezogen, wodurch beiden von vornherein eine deflationäre Tendenz inhärent ist.

Ein Ausgleich der tatsächlichen europäischen „Ungleichheiten“ erfordert heute, wie schon in der Vergangenheit, eine Intervention, die nicht nur die Reflation auf der Nachfrageseite und/ oder eine erneute Kopplung der Löhne an die Produktivität berücksichtigt. Was tatsächlich gebraucht wird, ist eine starke Intervention auf der Angebotsseite und in der Produktionsstruktur zusammen mit einer finanziellen Stabilisierung.

Es wäre unnütz, die akrobatischen Vorschläge europäischer Behörden zur Lösung der Krise, die in den vergangenen Monaten gemacht wurden, auf den Prüfstand zu stellen. Das gleiche gilt für alternative Lösungsvorschläge. Die erstgenannten haben sich auf Grund der Tumulte dieses Sommers erledigt, wie Wolfgang Münchau¹² richtig bemerkte. Die letztgenannten sind zu schwach und fernab des Kerns der Probleme. Selbst diejenigen, die geltend machen, dass die Schulden unrechtmäßig seien und nicht zurückgezahlt werden sollten oder auch diejenigen, die für einen Schuldenerlass sind, haben nicht Unrecht. Gegenwärtig jedoch ist es sehr unwahrscheinlich, dass ihre Positionen in dieser radikalen Form ausreichend an Durchsetzungsfähigkeit gewinnen können.

Die sogenannte *Euro-Rettungsschirm* (*European Financial Stability Facility* - EFSF) wurde erst spät eingeführt und nur unzureichend unterstützt. Es fehlte der Wille, die Zinssätze zu senken sowie Umschuldungen vorzunehmen, um Rückzahlungsfristen zu verlängern und Kreditgeber dazu zu zwingen, Verluste zu tragen. Über dieses Stadium sind wir hinaus. Der EFSF, in seiner jetzigen Form, kann Spanien und Italien nicht bewältigen. Sollte das jemals versucht werden, würde es die Haushaltslage der Staaten, die mit zu seiner Finanzierung beitragen, noch weiter verschlechtern. Das beträfe auch Frankreich und Deutschland. Es ist wahr, dass die EZB entschieden hat, ihre Pläne zum Kauf von Staatsanleihen umzusetzen, aber nur auf dem Sekundärmarkt. Das bedeutet aber immer noch keine strukturelle oder langfristige Intervention innerhalb kohärenter Rahmenbedingungen für das Management europäischer Staatsschulden.

Ohne eine Fiskalunion, deren Einrichtung in der nächsten Zukunft utopisch ist, bleibt nur die *Eurobond* Lösung als gemeinsame Garantie für die Staatsschulden der Länder in der Eurozone. Abgesehen von den formalen (rechtlichen, politischen und technischen) Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einer schnellen Einführung (was durch eine Verschlimmerung der Krise noch beschleunigt werden könnte), bleibt jedoch weiterhin die Frage: *Eurobonds* - um was damit zu tun? Wie Yanis Varoufakis¹³ feststellte, müssen *Eurobonds* als etwas in Erwägung gezogen werden, dass mehr ist als ein glaubhaftes Instrument zur kostengünstigen Staatsschuldenfinanzierung der in Schwierigkeiten geratenen Länder. Sie müssen darüber hinaus als die Grundlage eines koordinierten Ausbaus der Ausgaben und Investitionen im europäischen Maßstab gesehen werden. Tatsächlich läuft es auf einen Vorschlag für einen erneuerten und innovativen *New Deal* hinaus, der durch eine Verbesserung der Qualität der Arbeitsleistung und Steigerung der Produktivkraft der Arbeit die strukturellen Bindungen an das Wachstum aufheben würde.

6. Einige Erkenntnisse hinsichtlich einer wirklichen Alternative zum gegenwärtigen Durcheinander könnten vom strukturellen Keynesianismus derer kommen, die gleichzeitig dem Kapitalismus und dem verwirklichten Keynesianismus der Vergangenheit kritisch gegenüber stehen. Ich werde mich hier auf

¹² “Even a joint bond might not save the euro”, *Financial Times*, 28. Aug. 2011.

¹³ Vgl. Zweite Ausgabe “Modest Proposal”, mit Stuart Holland:

<http://varoufakis.files.wordpress.com/2011/04/ceb1-modest-proposal-2-2-6th-april-20111.pdf>

einige aktuelle Analysen von Alain Parguez¹⁴ beziehen sowie auf einige weniger aktuelle Beiträge von Hyman P. Minsky¹⁵.

Es gibt keine ökonomische Entwicklung ohne Schulden. Die vergangenen Jahrzehnte haben bewiesen, dass *ex post* Haushaltsdefizite die Bedingung für die Nettoschaffung von Einkommen im privaten Sektor sind. Wie uns Parguez jedoch lehrt, dürfen wir nicht vergessen, dass es „schlechte“ und „gute“ Defizite gibt. „Schlechte“ Defizite, wie zunächst des Monetarismus und dann des „privatisierten Keynesianismus“, sind das nicht geplante Resultat der Tendenz zur Stagnation, der Schocktherapien, der deflationären Politik, der nicht vorhandenen Tragfähigkeit von toxischen Finanzen, etc. Im Gegensatz dazu sind die „guten“ Defizite geplante *ex ante* Defizite. Sie dienen dem Aufbau und der Verbesserung eines Bestandes an produktiven Ressourcen. Sie sind ein Mittel zur Schaffung von Reichtum und nicht von (Mehr)Wert: eine langfristige Investition in materielle Güter (Infrastruktur, „grüne“ Umgestaltungen, alternative Transportarten, etc.) und immaterielle Güter (Gesundheit, Bildung, Forschung, etc.). Gleichstellung der Geschlechter und umweltfreundliches Herangehen werden zum einem wichtigen Bestandteil dieser Politik. Dasselbe Sozialwesen muss transformiert werden: vom Privileg, das dem Geld eingeräumt wird, zu direkten Investitionen auf der Seite des Gebrauchswertes im Kontext weitgreifender Planung.

Offensichtlich hebt eine Neuverschuldung dieser Art sofort die Schuldenquote an, aber durch die anschließende Erhöhung im Nenner kommt es nur zu einem zeitweiligen Ansteigen. Ein derartiges Eingreifen mag positive „kapitalistische“ Wirkungen haben, d.h. Wirkungen, die post-keynesianische Ökonomen so faszinieren. Die Realwirtschaft würde von der Nachfrageseite her gestützt werden. Der Finanzsektor würde durch die Bereitstellung von „soliden“ Finanzanlagen stabilisiert und die Produktivkraft Arbeit erhöht werden. Daher kann – und muss – dieser Eingriff Teil eines „Minimalprogramms“ einer linken Klasse sein. Es ist jedoch klar, dass dies nicht zu einem stabilen Model eines neuen Kapitalismus führt sondern eher zu „Ungleichgewichten“, einem unebenen Terrain, in dem wir uns schließlich mit der Frage der Überwindung des Kapitalismus befassen müssen.

7. Einige Schlussfolgerungen Minskys in seinem Buch *John Maynard Keynes* (1975) stellen sich als sehr erhellend heraus. Gewiss ist Minsky kein „revolutionärer“ Denker im üblichen Sinne. Trotzdem ist seine Perspektive eine „Sozialisierung der Investitionen“ zusammen mit einer „Sozialisierung der Arbeitsverhältnisse“ und „Sozialisierung der Banken“. Nichts Besonderes, denken Sie vielleicht. Hat nicht schon Keynes selbst die These vertreten, dass der Kapitalismus einer vollständigen „Sozialisierung der Investitionen“ bedarf?

Nicht ganz. Minsky schreibt, dass die „*General Theory*“ als ein Produkt der roten 30er Jahre verstanden werden muss. Keynes selbst unterstreicht deren konservative Implikationen im Vergleich zum Sozialismus. Ist erst einmal Vollbeschäftigung erreicht – vor allem dank hoher Privatinvestitionen, unterstützt durch die Wirtschaftspolitik (einschließlich einer Geldmengenerhöhung zur Reduzierung der Zinsrate) und den daraus resultierenden positiven Erwartungen – gibt es keinen Grund, gegen die Marktaufteilung der Ressourcen zu argumentieren. Dieser Keynes ist niemals ausreichend gewesen und das ist er auch heute nicht. Der tatsächlich existierende Keynesianismus während des sogenannten goldenen Zeitalters wird von Minsky von Grund auf kritisiert. Es war ein System, in dem Steuern und Transfers die Konsumtion lenkten, Geldpolitik die Investitionen bestimmte, Staatsausgaben entweder vergeudet wurden oder in Militärausgaben gingen, in dem Rentenpositionen und Finanzen genährt wurden. Er nennt dies eine Strategie der hohen Profite und hohen Investitionen, was zu künstlichem

¹⁴ “The true rules of a good management of public finance”, März 2010, mimeo

¹⁵ Vgl. Kapitel 8 und 9 seines 1975 erschienen *John Maynard Keynes*, Neuauflage 2008 durch McGraw Hill Professional. Mehr zu Minskys Ideen (und seiner Interpretation des Finanzmanagerkapitalismus) in meiner Einleitung zur Neuauflage der italienischen Übersetzung: *Keynes e l'instabilità del capitalismo*, Bollati Boringhieri, zweite Auflage, Turin 2008

Konsum und einer Gefährdung der biologischen und sozialen Umwelt führt, einem “Sozialismus der Reichen”.

Das ist Minsky. Er ist der festen Überzeugung, dass wir zurück auf Anfang gehen müssen: zurück zum Jahr 1933. Wir müssen zum ersten Mal über einen keynesianischen *New Deal* nachdenken, uns mit der grundlegenden Frage beschäftigen: ‘Für wen wird dieses Spiel gespielt?’ und ‘Welche Art von Produkt wollen wir?’. Minsky ist für eine Gesellschaft, in der die wirkliche Struktur der Konsumtion von Investitionen des Staates bestimmt wird, die die Triebkraft autonomer Nachfrage sind, was eine andere Art von Angebotsseite eröffnen würde. Er verlangt ausdrücklich eine „Sozialisierung der Schlüsselindustrien“, Konsumtion als „gemeinsame“ Dimension, Kapitalkontrolle, Regulierung der Finanzen, Banken als Versorgungsunternehmen, usw. Minsky, genau wie Parguez, fordern einen Staat, der „direkt“ für die Schaffung von Arbeitsplätzen sorgt.

Die Große Rezession als die letzte Krise des Neoliberalismus, wie wir ihn kennen, und der europäische Zusammenbruch als Sackgasse des Neomerkantilismus werfen wieder die Fragen auf, wie und was und wie viel produziert werden sollte.

Übersetzung in die englische Sprache: Marco Passarella, 05.09.2011